

Ansprache des Landtagspräsidenten Dr. Matthias Rößler zur Feierstunde des Landtags von Baden-Württemberg zum Tag der Deutschen Einheit am 6. Oktober 2010 in Stuttgart

- es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, lieber Herr Kollege Straub,

sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

sehr geehrter Herr Präsident des Staatsgerichtshofes,

meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete,

verehrte Gäste,

ich bedanke mich recht herzlich für Ihre freundliche Einladung zu dieser Feierstunde und freue mich sehr, Ihnen anlässlich des 20. Tages der Deutschen Einheit die Grüße und Glückwünsche der Abgeordneten des Sächsischen Landtags überbringen zu können.

Es ist mir eine große Ehre, dass Sie mir die Gelegenheit gegeben haben, das Wort an Sie zu richten und den Menschen in Baden-Württemberg für den Beitrag zu danken, den das Land und dieses Hohe Haus zum Aufbau des Freistaates Sachsen geleistet haben.

Nach zwei Jahrzehnten droht es in Vergessenheit zu geraten, dass es bereits in unmittelbarer Folge der Friedlichen Revolution von 1989 innerdeutsche Vereinbarungen über die regionale Zusammenarbeit gegeben hat.

Nach dem Fall der Mauer war Ihr Ministerpräsident Lothar Späth einer der ersten deutschen Politiker, die Aktivitäten in Richtung der DDR entwickelt haben, die der Unterstützung des Demokratisierungsprozesses in den sächsischen Bezirken dienen sollten.

Lothar Späth hat sich persönlich um die Koordinierung der Zusammenarbeit mit Sachsen gekümmert und sächsische Delegationen hier in Stuttgart empfangen.

Hier habe ich meine ersten persönlichen Erfahrungen auf dem Parkett der Landespolitik gesammelt. Deshalb bin ich zu Beginn meiner politischen Laufbahn ganz stark von Baden-Württemberg geprägt worden.

Für die Mächtigen und Etablierten ist die Versuchung groß, sich an ihresgleichen zu halten. So war es auch vor zwanzig Jahren, als Egon Krenz, Modrow u. a. aus dem Westen suggerierten, in der DDR sei eine Wende im Gange, die von der SED selbst vollzogen würde. In Wirklichkeit fand eine friedliche Revolution statt, die zum Untergang der kommunistischen DDR führte. Es ging immer um die Macht, wenn die sogenannten alten und neuen Kräfte im Osten miteinander rangen.

Politiker, wie mein Freund Helmut Rau, suchten von Anfang an den Kontakt zu den „neuen Kräften“ und trieben mit uns die friedliche Revolution voran. Wir lernten uns Anfang 1990 auf einer Demonstration kennen und schlossen unmittelbar darauf im Haus der Demokratie, unserem damaligen Hauptquartier, Freundschaft. Die hält übrigens bis heute.

Bis heute kann ich nicht verstehen, wie man im „Spiegel“ und in der westdeutschen Politik Leute wie Berghofer und Modrow als Reformer feiern konnte. Wir erlebten bei den großen Demonstrationen in Dresden im Oktober 1989 und den anfänglichen Massenverhaftungen besonders Modrow als Exponenten des SED-Unterdrückungsapparates.

Die Frage „wer wen“ – oder in Abwandlung des Lenin-Zitates „Wer mit wem“ war für uns, die „neuen Kräfte“ damals auch entscheidend bei der Zusammenarbeit mit unserem zukünftigem Parlament.

Baden-Württemberg beförderte im Januar 1990 die Bildung einer Gemischten Kommission mit Sachsen und verdeutlichte damit die Entschlossenheit, seinen Beitrag zur Verwirklichung der Deutschen Einheit zu leisten.

Die Gemischte Kommission Sachsen/Baden-Württemberg etablierte sich sehr schnell und bildete Arbeitsgruppen für unterschiedliche Politikfelder.

Es konstituierten sich Fachgruppen für die Bereiche Wirtschaft und Technologie, Soziales und Gesundheit, Umweltschutz, Finanzen, Fremdenverkehr, Kommunale Partnerschaften, Kultur, Wissenschaft und Bildung, Bauwesen und Städtebau, Ländlicher Raum und Landwirtschaft, Verkehr und Straßenbau sowie für Verfassungs- und Verwaltungsreform.

Bereits vor der Volkskammerwahl am 18. März 1990 nahmen einige dieser Fachgruppen ihre Arbeit auf.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende im Stuttgarter Landtag, Erwin Teufel, war von der Sonderrolle und Bedeutung der neuen politischen Kräfte für die kommende Entwicklung in Sachsen überzeugt. Er stand ohne wenn und aber hinter den friedlichen Revolutionären. Damals wurden die führenden Kräfte aus der „Gruppe der

20“, dem Neuen Forum und dem „Demokratischen Aufbruch“ nach Rottenburg eingeladen. Wir trafen auf Kommunalpolitiker wie Willi Stächele, einem weiteren alten Freund aus bewegter Zeit.

Neben den Runden Tischen war es nicht zuletzt Erwin Teufels Druck zu verdanken, dass drei prominente Vertreter der Basisdemokratie eigene Arbeitsgruppen leiten konnten.

Als Vertreter des „Demokratischen Aufbruchs“ am Runden Tisch des Bezirkes Dresden erhielt ich die Fachkommission „Wissenschaft und Bildung“, besetzt mit Rektoren, Prorektoren und Bezirksschulräten.

Die oftmals stasibelasteten Altkader wurden einer nach dem anderen durch unbelastete Personen aus Basisgruppen und Initiativen ersetzt.

Neben inhaltlichen Hilfen war es entscheidend, dass die Unterstützungsleistung immer stärker auf den für die Landesbildung zuständigen Koordinierungsausschuss ausgerichtet war, der von den neuen politischen Kräften geführt und getragen wurde.

Die neuen Kräfte, für die ich hier den späteren sächsischen Staatsminister und heutigen Bundestagsabgeordneten Arnold Vaatz und meinen Amtsvorgänger Erich Iltgen nennen will, übernahmen damals Schritt für Schritt die Macht in Sachsen.

An den Runden Tischen, in der Gemischten Kommission Sachsen/Baden Württemberg und dem Koordinierungsausschuss zur Bildung des Landes Sachsen haben sie die Führung übernommen und die Wiederbegründung des Freistaates Sachsen in die eigenen Hände genommen. Dies haben wir am 3. Oktober 1990 auf der Meißner Albrechtsburg dann auch erreicht. Nur der Freistaat Sachsen wurde von unten nach oben, aus dem Runden Tisch heraus, wiedererrichtet.

Damals auf der Albrechtsburg, der Wiege des tausendjährigen sächsischen Staates, war ich tief bewegt. Wir schrieben mit unserer friedlichen Revolution europäische Geschichte, ja Weltgeschichte. Mit der Wiedererrichtung Sachsens haben wir zumindest deutsche Geschichte gemacht.

Zu Beginn der Zusammenarbeit mit Baden-Württemberg hatten Wünsche der sächsischen Seite nach Ausrüstungs- und Ausstattungsgegenständen im Vordergrund gestanden.

Doch schon bald hat die Unterstützung in Form von Personalhilfe und die Einrichtung von Informations- und Verbindungsbüros Baden-Württembergs in den Bezirken Dresden, Leipzig und Chemnitz ihren Ausdruck gefunden.

Zentrale Aufgabenstellung aller drei baden-württembergischen Büros in Sachsen war die Koordinierung des Einsatzes von rund dreihundert baden-württembergischen Beamten auf Landes-, Regierungsbezirks- und Kommunalebene.

Nach der Landtagswahl und der Regierungsbildung im Oktober 1990 gab es hinsichtlich der baden-württembergischen Hilfe insofern eine Zäsur, als die Arbeit der Gemischten Kommission Sachsen/Baden Württemberg auslief und sich die Unterstützung nun unmittelbar in Form personeller Mitarbeit in maßgeblichen Regierungsfunktionen vollzog.

Heute kann gesagt werden, dass die hohe Präsenz westdeutscher Helfer ein unverzichtbarer Beitrag dazu gewesen ist, die SED-Diktatur innerhalb des Verwaltungsapparates zu überwinden.

Dem ersten sächsischen Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf ist zuzustimmen, wenn er im Oktober 1991 vor dem Sächsischen Landtag ausführte, dass Sachsen ohne die Unterstützung von Baden-Württemberg und Bayern noch nicht so weit vorangekommen wäre.

Kurt Biedenkopf sagte damals: „Ohne die fast 700 Mitarbeiter in der öffentlichen Verwaltung aus Baden-Württemberg und Bayern hätten wir die neue Landesverwaltung nicht so zügig aufbauen und uns das Wissen aneignen können, das man für eine moderne, freiheitliche und rechtsstaatliche Gesellschaftsordnung braucht.“

Baden-Württemberg hat seine Sonderstellung für Sachsen auch in der Zeit nach der Wiedervereinigung und der Wiedererrichtung des Freistaates Sachsen beibehalten und weiterhin solidarische Hilfe geleistet.

Wenn wir das heute Erreichte mit der Ausgangssituation am Ende der achtziger Jahre vergleichen und auf die Entwicklung in Sachsen und den anderen neuen Bundesländern seit 1990 zurückblicken, dann werden wir auch ermessen können, wo wir heute stehen und welche Herausforderungen vor uns liegen. Lassen Sie mich den Versuch einer Bilanz der letzten 20 Jahre in einigen Bereichen wagen.

Erinnern wir uns: Die DDR ist auch deshalb gescheitert, weil sie rücksichtslos von der Substanz der Wirtschaft, der Natur, der Infrastruktur, der Kultur und der Menschen gelebt hat.

Dass die marode Volkswirtschaft der DDR unter dem Wettbewerbsdruck der offenen Weltmärkte zusammenbrechen musste, wird von den allermeisten Ökonomen nicht bestritten. Im Osten blühen allerdings vielerlei Verschwörungstheorien, dass die Treuhand und andere dunkle Mächte den Bankrott der neuntgrößten Industrienation der Erde – als solche sah sie die DDR-Propaganda – gezielt herbeigeführt habe.

Für viele Menschen, die ihren sicheren Arbeitsplatz in einem DDR-Betrieb und die damit verbundene Rundumbetreuung verloren haben, war und ist dies ein schwieriger Erkenntnisprozess.

Besonders die Älteren fanden oftmals keinen neuen Arbeitsplatz und sind mit ihren gebrochenen Erwerbsbiografien heute von Altersarmut bedroht. Andere müssen um

ihren wettbewerbsfähigen Arbeitsplatz, der im insgesamt erfolgreichen Transformationsprozess der Wirtschaft nach der Friedlichen Revolution und der Wiedervereinigung Deutschlands entstand, jeden Tag neu kämpfen.

Viele erklären heute – nostalgisch oder „ostalgtisch“ – die vermeintliche Sicherheit in der DDR und den festen Zusammenhalt in der als Kollektiv bezeichneten Gemeinschaft. Auch die Gleichheit des Lebensniveaus wird gepriesen und in einen Gegensatz zur wachsenden sozialen Ungleichheit der Bundesrepublik gesetzt. Für mehr Gleichheit würde eine Mehrheit heute wohl auf manche der 1989 hart erkämpften Freiheiten verzichten. Am weit höheren westlichen Lebensstandard wollen die ehemaligen DDR-Bürger natürlich festhalten, verbunden mit den inzwischen verklärten sozialen Sicherheiten des untergegangenen SED-Regimes.

Mit dem wirtschaftlichen Niedergang der DDR war in den letzten Jahren und Jahrzehnten ihres Bestehens eine beispiellose Umweltkatastrophe verbunden.

Die rücksichtslose Wirtschaftspolitik der SED konnte zuletzt nicht einmal mehr das niedrige materielle Lebensniveau ihrer Bürger sichern, zerstörte aber in unvorstellbarem Ausmaß die Umwelt und damit die ökologische Lebensgrundlage der gegenwärtigen und der nachfolgenden Generationen.

Die Elbe, auf deren gegenüber Rhein und Donau größere Naturbelassenheit wir heute so stolz sind, galt als schmutzigster Strom Europas. Alle größeren Fließgewässer befanden sich in einem beklagenswerten Zustand und waren weder für die Trinkwassergewinnung noch zum Baden geeignet. Die kommunalen und industriellen Abwässer wurden weitgehend ungeklärt eingeleitet und vernichteten Fische und andere Wassertiere. Das Grundwasser litt unter der Nitrat-Überdüngung aus der industriemäßig betriebenen sozialistischen Landwirtschaft, an versickernden Pflanzenschutzmitteln, Ölrückständen und ähnlichem.

Mit hohen Risiken behaftet war nicht nur die Trinkwasserversorgung der halben Dresdner Bevölkerung aus dem Uferfiltrat der Elbe. Immer mehr Menschen konnten nicht mehr mit dem wichtigsten Lebensmittel, mit sauberem und trinkbarem Wasser, versorgt werden. Wir mussten die Babynahrung unserer neugeborenen Kinder mit Mineralwasser kochen. Dafür gab es extra ausgereichte staatliche Bezugsscheine.

Das Autarkiestreben der DDR-Regierung und die schrittweise Anhebung der Öl- und Gaspreise durch die Sowjetunion führten zur fast ausschließlichen Energie- und Wärmegewinnung aus Rohbraunkohle. Ganze Regionen verwandelten sich durch die Tagebaue in Mondlandschaften. Verschlossene Filteranlagen und der verbreitete Hausbrand mit Braunkohlenbriketts machten die DDR zu einem der größten Luftverschmutzer Europas. Beim Ausstoß von Schwefeldioxid – vom Kohlendioxid war damals gar nicht die Rede – schaffte es der Arbeiter- und Bauern-Staat damit wirklich auf den ersten Platz.

Das führte nicht nur zu dem für alle DDR-Bürger und West-Besucher so unvergessenen Braunkohlengeruch in der dicken Luft, die in vielen Regionen zum

winterlichen Dauersmog wurde. Fast die Hälfte aller Einwohner in den damals sächsischen Bezirken waren nach Erhebungen des Ministeriums für Gesundheitswesen 1988 durch Staub stark belastet und atmeten neben Schwefeldioxid auch Chlorverbindungen, Amine, Stickoxide und vieles andere ein.

Dieser Chemie-Cocktail verursachte psychische und physische Schäden, Atemwegserkrankungen besonders bei Kindern und Herz-Kreislauf-Erkrankungen.

An dieser Stelle sei angemerkt, dass die Lebenserwartung in der DDR deutlich geringer und die Selbstmordrate dafür höher war als in der Bundesrepublik. Dies widerspricht möglicherweise der öffentlichen Wahrnehmung, ist aber durch die Statistik recht eindeutig belegt. Neben der katastrophalen Umweltsituation dürfte dafür auch die deutlich schlechtere medizinische Versorgung verantwortlich gewesen sein.

Der Gesundheitszustand der Wälder gestaltete sich fast so dramatisch wie der der Menschen. Besonders den Erzgebirgskamm und die ihn prägenden Fichtenwälder traf ein flächendeckendes Waldsterben. Allerdings waren auch die Kiefernbestände im Flachland und die Laubgehölze aller Art zunehmend geschädigt.

Der Uranerzabbau durch die SDAG Wismut als unmittelbare Folge der Reparationsleistungen nach dem Zweiten Weltkrieg an die siegreiche Sowjetunion hinterließ Halden, Schlammdeponien und bedenkliche Strahlenbelastungen im Süden der DDR. Auch der andere Erzbergbau sorgte für weitere Bodenverunreinigungen und Schwermetallstäube, die sich weitgehend ungehindert überall niederschlugen. Um die Abfallentsorgung und die Altlasten machten in der DDR weder Behörden noch Privatpersonen viel Aufhebens. Den etwa fünfhundert Mülldeponien und kontrollierten Ablagerungsflächen standen auf dem Gebiet des späteren Sachsen zehnmal so viele wilde Müllkippen gegenüber. Aus ihnen flossen giftige Rinnsale, manchmal wurden sie angezündet. Wir kennen diese Bilder heute nur noch aus entfernteren Weltregionen.

Die Zahl der ausgestorbenen oder bedrohten Pflanzen- und Tierarten in unserer reichen Kulturlandschaft nahm durch industriellen Flächenverbrauch und die Intensivierung der sozialistischen Landwirtschaft bedrohlich zu. Das rief engagierte Naturschützer auf den Plan, die das Artensterben schon zu DDR-Zeiten bekämpften.

Gegen die rücksichtslose, umweltzerstörende Wirtschaftspolitik und ihr schweres Erbe formierte sich in den 1970er und 1980er Jahren die DDR-Umweltbewegung, häufig unter dem Dach der Kirchen.

Trotz Stasi und Repression forderte sie von der totalitären Staatsmacht Auskunft über das wahre Ausmaß von geheimniskrämerisch verschleierte Umweltschäden. Ihr ging es um die Bewahrung der Schöpfung und die ökologische Verantwortung. Sie machte deutlich, dass sich Politik nicht nur auf die „Sicherung materieller Bedürfnisse“ - wie die Kommunisten immer so schön sagten – beschränken dürfe. Neben angemessenem Wohlstand, Wirtschaftsstabilität und Vollbeschäftigung sah

sie den Erhalt der Umwelt als gleichwertiges gesellschaftliches Ziel. Wirtschaft und Konsum dürften nicht auf Kosten der Regenerationsfähigkeit der Natur und der Gesundheit der Menschen betrieben werden.

Eine wichtige Forderung der Friedlichen Revolution wurde die ökologische Neuausrichtung der Gesellschaft und das Recht auf eine saubere und gesunde Umwelt. Die neu gegründete Partei „Demokratischer Aufbruch“ firmierte unter dem Logo „ökologisch und sozial“. „Lebensqualität schafft nur die soziale Marktwirtschaft mit hohem ökologischen Anspruch. Der ökologische Umbau der Wirtschaft gewinnt existentielle Bedeutung. Dazu werden wir die umfassende Hilfe aller Deutschen erhalten.“ So stand es im ersten Flugblatt des Demokratischen Aufbruchs, das ich im Ringen um die ersten freien Wahlen in der DDR verfasst hatte. Naturressourcen sollten so geschützt werden, dass künftige Generationen die notwendigen Lebensgrundlagen vorfinden und sich an den Schönheiten unserer Heimat erfreuen könnten. Weitsichtige Umweltpolitik dürfe sich nicht auf Reparaturen beschränken, sondern es galt den Zusammenhang zwischen Lebensgestaltung, Lebenszielen und Umweltgefährdung – lokaler wie globaler – herzustellen.

Wirtschaftliche Entscheidungen müssten deshalb vor ihrer Realisierung auf ökologische Unbedenklichkeit geprüft werden.

Die Politik griff in allen neuen Bundesländern diese Forderungen auf. Die in Sachsen regierende Sächsische Union unter dem westdeutschen Vordenker Kurt Biedenkopf tat dies besonders nachhaltig und bekannte sich in ihrer Grünen Charta auch zur Mitverantwortung der früheren Blockpartei CDU an der Umweltkatastrophe in der DDR.

Tatsächlich verbesserte sich die Umweltsituation in den 1990er Jahren rapide. Die Luftverschmutzung und die Verunreinigung der Gewässer gingen deutlich zurück und näherten sich dem westdeutschen Niveau. Kritiker führen das immer wieder auf den flächendeckenden Zusammenbruch der maroden Traditionsindustrien im Osten zurück. Das war eine, aber nicht die entscheidende Ursache.

Mit dem Transfer von Milliarden wurden die modernsten Klär- und Wasserwerke der Welt aus dem Boden gestampft, Städte und Dörfer mit neuen Wasser- und Abwasserleitungen ausgestattet. Heute versorgen diese neuen Infrastrukturen die Bürger im Osten mit erstklassigem Trinkwasser, dessen Qualität teilweise über handelsüblichem Mineralwasser liegt. In der Elbe verdoppelte sich die Anzahl der darin lebenden Fischarten. Der Lachs zieht wieder flussaufwärts. Die Gewässerqualität hat sich überall deutlich verbessert, seit alle kommunalen und industriellen Abwässer geklärt werden. Allerdings sind manche Anlagen überdimensioniert, weil die Annahmen der Bevölkerungsentwicklung unrealistisch, einige Planer betrügerisch und manche Kommunalpolitiker naiv waren.

Unsere Kraftwerke und Industriebetriebe verfügen über die modernste Filtertechnik.

Über die Emission von Schwefeldioxid redet heute niemand mehr, eher über die Vorreiterrolle ostdeutscher Braunkohlekraftwerke bei der Speicherung des Klimakillers Kohlendioxid. Der Hausbrand wurde auf Öl und Gas umgestellt, die Wärmedämmung hat den Heizenergieverbrauch halbiert. Niemand vermisst übrigens den DDR-typischen Schwefelgeruch der Braunkohle.

Natürlich lernten die ehemaligen DDR-Bürger auch, dass Umweltschutz Geld kostet.

Seit dem Einbau von Wasseruhren in viele Mietwohnungen halbierte sich der Trinkwasserverbrauch. Bierflaschen kühlt man jetzt im Kühlschrank, nicht mehr bei aufgedrehtem Wasserhahn in der Badewanne. Die Zimmertemperatur regeln heute Thermostate, nicht mehr die zur Winterzeit geöffneten Fenster. Aber immer wieder erschüttern regelrechte Unruhen kleine Städte und Dörfer, wenn Grundstücksbesitzer ihren finanziellen Anteil am Leitungsnetz durch Beiträge und Gebühren leisten sollen.

Über Bürgermeister fegt der entfesselte Volkszorn dann regelmäßig hinweg. Mancher Ministerpräsident gerät in Bedrängnis und rettet sich nur mit populistischen Zugeständnissen.

Trotzdem ist die Verbesserung der Umweltsituation in den neuen Bundesländern nicht nur bei der Verbesserung der Qualität von Luft und Wasser eine Erfolgsgeschichte. Strengste Umweltauflagen und die Sanierung von Altlasten ermöglichen eine moderne Abfallentsorgung, deren Ruf gelegentlich unter Skandalen kriminellen Abfallhandels leidet.

Mit vielen Milliarden konnte die Bundesrepublik Deutschland auch die katastrophalen Folgen des Uranbergbaus beseitigen und so die Gesundheit von hunderttausenden Menschen in Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt schützen.

Beim Natur- und Artenschutz allerdings waren wir nicht so erfolgreich wie in den vorgenannten Bereichen. Der Verbrauch von fruchtbarem Ackerland für Verkehrsanlagen und teilweise überflüssige Gewerbegebiete nimmt eher zu, oftmals begründet mit dem Vorrang einer vermeintlichen Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen. Gerade im Osten knüpft eine regelrechte Agrarindustrie nahtlos an die Großflächenwirtschaft der intensivierten sozialistischen Landwirtschaft an und beschleunigt das Artensterben in der freien Feldflur. In diesem Bereich der Landwirtschaftspolitik steht die ökologische Neuorientierung noch aus.

Der Niedergang der DDR drückte sich für uns Zeitgenossen nicht nur in der für alle schmerzhaft wahrnehmbaren Umweltkatastrophe aus. Symbolisch und mit allen Sinnen wahrnehmbar war auch der Verfall der Städte, Dörfer, Herrnsitze und Kirchen, der einmaligen Kulturlandschaft Mitteldeutschlands. Dabei denke ich nicht zuerst an die Ballungszentren, in denen der Versuch der Schaffung sozialistischer Großstädte gelegentlich in Akten der Zerstörung einmaliger Kulturdenkmale gipfelte.

Auch in westdeutschen Großstädten begingen Architekten und „Modernisierer“ in der Zeit des Wiederaufbaus grauenhafte Bausünden, die den Vergleich mit der Stalinallee und dem Heckertviertel in Karl-Marx-Stadt durchaus standhielten. Viel schlimmer war der Verfall der Klein- und Mittelstädte.

Ihre Lage außerhalb der Reichweite alliierter Bomberverbände rettete sie vor der Kriegszerstörung, nicht vor der sozialistischen Mangelwirtschaft.

Private Eigentümer erhielten keine Materialzuteilungen für die Reparatur ihrer Häuser und Grundstücke, die Mieten blieben niedrig und auf dem Vorkriegsniveau. Es herrschte immer Wohnungsnot. Schaute man von der berühmten Meißner Burg über die wunderschöne Renaissancestadt, war schon jedes dritte Dach eingefallen. Ganze Quartiere wie die Dresdner Friedrichstadt wurden abgerissen und die Bewohner in seelenlose Plattenbauten verfrachtet. Immerhin lockten dort eine Innentoilette und eine Badewanne. Diese Modernisierung a la DDR ersetzte vielen die Individualität der Altstadtviertel und half vielleicht sogar etwas bei der Schaffung „sozialistischer Persönlichkeiten“.

Wie die Friedliche Revolution von 1989 zeigte, gelang das scheinbar nicht vollständig. Die Wiedervereinigung 1990 kam gerade noch rechtzeitig, um die kulturelle und architektonische Substanz der mitteldeutschen Städte und Dörfer zu retten. Vielleicht war es auch gut, dass die Kommunisten nie genug Geld hatten.

Deshalb konnten sie in der geschlossenen Architektur alter Stadtkerne nicht solche Verheerungen anrichten wie kapitalkräftige Investoren im Westen.

Wiederum flossen westdeutsche Steuermilliarden in die denkmalgerechte Sanierung von Marktplätzen und Schlössern. Steuerabschreibungen verlockten schwäbische Zahnärzte zur Sanierung von Jugendstilvillen in Radebeul und Görlitz.

Heute erstrahlt die Architektur einer großartigen Kulturlandschaft von der nordostdeutschen Backsteingotik bis zum sächsischen Barock im alten Glanz.

Die Deutschen in Ost und West erbrachten gemeinsam diese gewaltige Aufbauleistung mit ihrer Anpassungsbereitschaft, ihrem Fleiß und ihrer finanziellen Solidarität. Die Westdeutschen transferierten alljährlich fünf Prozent des Bruttosozialproduktes in den Osten.

Trotz einer noch immer zu hohen Arbeitslosigkeit entstanden eine wettbewerbsfähige Wirtschaft, eine lebenswerte Umwelt, die modernste Infrastruktur Europas und wunderschöne Städte und Dörfer. Die Menschen sind wohlhabender, gesünder und leben deutlich länger als in der alten DDR. Natürlich müssen sie – wie in jeder offenen Gesellschaft – mehr Unterschiede bei den Einkommen und den Lebensentwürfen aushalten. Deshalb ist – bei aller Unsicherheit auf dem Arbeitsmarkt – die Lebensqualität bei der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung gestiegen. Besonders die Jüngeren möchten diese Lebensqualität am Ende doch

nicht gegen die Gleichmacherei, Unterdrückung und Bevormundung eines totalitären Staates eintauschen.

Heute stehen wir in der Bundesrepublik Deutschland gemeinsam vor neuen Herausforderungen. Selbst wenn uns der ökologische Umbau der Sozialen Marktwirtschaft gelingt, verzehren wir doch nach wie vor die in Jahrhunderten gebildete demografische und kulturelle Substanz unserer Gesellschaft.

Die deutsche Bevölkerung altert und schrumpft dramatisch, besonders im Osten. Hier wanderte in den letzten fünfzig Jahren ein Viertel der Bevölkerung in den Westen ab, auf der Flucht vor der SED-Diktatur oder auf der Suche nach besseren Lebensbedingungen.

Dieser Aderlass an Leistungsträgern, den auf Dauer keine Gesellschaft verkraftet, führte zu einer regelrechten Entbürgerlichung ganzer Regionen im Osten Deutschlands. In vielen der gerade beschriebenen, wunderschön renovierten Klein- und Mittelstädte leben heute vor allem Rentner und Sozialhilfeempfänger. Hunderttausende Wohnungen stehen leer und wertvolle Akbaubsubstanz ist wieder vom Abriss bedroht. Innenstädte veröden und ganze Dörfer werden aufgegeben. Noch weniger Geburten gab es nur zur Zeit der Dreißigjährigen Kriege.

Vor dieser existenziellen demografischen und kulturellen Herausforderung sollte die Bundesrepublik die Augen nicht verschließen. Die Kommunisten in der DDR hielten ihre Gesellschaftsordnung für das Ende der Geschichte und sind damit gescheitert.

Auch die offene Gesellschaft kann scheitern, wenn sie keine nachhaltige Politik macht. Eine Gesellschaft, die nicht nachhaltig ist und nicht an ihre Kinder und Enkel denkt, hat keine Perspektive. Sie kann untergehen, weil sie gar keine Kinder und Enkel mehr hat oder keine Kultur bewahrt, die sie auf nachfolgende Generationen übertragen kann. Deshalb sollten wir in Deutschland aus der falschen Selbstüberschätzung und dem bornierten Realitätsverlust der kommunistischen DDR-Funktionäre auch in Zukunft die richtigen Lehren für unser freiheitlich-demokratisches Gemeinwesen ziehen.

Ich persönlich habe aus 20 Jahren Deutscher Einheit vier Lehren gezogen:

Erstens: Die große Mehrheit der DDR-Bürger – anders als viele Vertreter der Oppositionsgruppen, besonders in Ostberlin - wollten 1989/90 keine andere oder bessere DDR. Eine Alternative zum Weg der Wiedervereinigung, zum Übergang von der sozialistischen Planwirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft und zur Integration in die westlichen Demokratien hat es nie gegeben.

Nirgendwo schlug ein europäisches Land nach den demokratischen Revolutionen der Jahre 1989/1990 einen „dritten Weg“ zwischen kapitalistischer Marktwirtschaft und sozialistischer Planwirtschaft ein.

Die Soziale Marktwirtschaft ist und bleibt das beste bekannte Ordnungssystem, in dem soziale Verantwortung mit einem hohen Maß von individueller Freiheit möglich ist.

Zweitens: Der alte deutsche Glaube an die Allmacht des Staates erweist sich in der Zeit der gnadenlosen Globalisierung als Irrglaube.

Der Staat muss sich wieder auf seine wesentliche Aufgabe konzentrieren und die Rahmenbedingungen so setzen, dass sie eine nachhaltig positive Entwicklung von Gesellschaft und Wirtschaft ermöglichen.

Drittens: Die Bürgergesellschaft lebt von den Bürgerinnen und Bürgern, die sich für die Gemeinschaft engagieren und für die Freiheit und Verantwortung zwei Seiten ein und derselben Medaille sind.

Viertens: Wachstum und Wohlstand sind heute an ihre Grenzen gelangt. Eine Politik der Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit ist die Antwort auf die Herausforderungen der Gegenwart. Wir brauchen eine Politik für unsere Kinder und Enkel.

Lassen sie mich deshalb mit zwei Zitaten zu diesen Grenzen und zu einem nachhaltigen Wohlstand meinen Vortrag beenden.

Vor einem Jahr äußerte Kurt Biedenkopf in einem Interview:

„Das 21. Jahrhundert muss ein Jahrhundert der Bescheidenheit werden. In Europa wird es nicht mehr in erster Linie um die Vermehrung des Verteilbaren gehen. Was wachsen muss, ist die Intelligenz, mit der wir unser Leben und unser Land organisieren, und seine Fähigkeit zur Begrenzung.“

In seinem bekannten Buch „Epochenwende“ gibt Meinhard Miegel eine sehr eindrucksvolle Definition von Wohlstand, wenn er sagt:

„Wohlstand, das sind künftig Menschen, deren Lebenssinn über das Anhäufen materieller Güter hinausgeht; das sind Kinder, die körperlich und geistig gedeihen können; das sind Alte, die nicht vereinsamen; das sind viele Gebrechliche, die menschenwürdig Leben. Wohlstand, das ist mitmenschlicher Zusammenhalt. Ohne diese neue Qualität des Wohlstands sind rapide alternde, zahlenmäßig schwindende und abnehmend dynamische Gesellschaften trotz materiellen Reichtums arm.“

Auf dieser Grundlage haben wir heute die Chance, unser Land erfolgreich voranzubringen. Nehmen wir diese Herausforderung gemeinsam an.

Auf diesem Wege wünsche ich den Bürgerinnen und Bürgern Ihres Landes und dem Landtag sowie der Landesregierung von Baden-Württemberg auch weiterhin recht viel Erfolg.

Ich danke Ihnen.